

## 5. August **Übergangs-, Notfall-, zeitlich befristetes Grundeinkommen – was ist davon zu halten?**

Die Coronapandemie hat überall auf der Welt zu massiven Einschränkungen des gesellschaftlichen und vor allem auch der wirtschaftlichen Lebens geführt. In manchen Staaten wurde das von mehr oder weniger umfangreichen, mehr oder weniger gezielten Hilfen für zumindest einen Teil der Betroffenen abgedeckt. Vor allem die ärmeren Länder aber können oder wollen sich solche Hilfen kaum leisten.

In Deutschland haben mehr als eine Million Menschen diverse Petitionen für die Einführung bedingungsloser Zahlungen unterzeichnet. Die Forderungen der einzelnen Petent\*innen sind unterschiedlich: Einige wollen bloß eine Notfallzahlung für Menschen, die von der Krise besonders stark betroffen sind, andere zielen auf ein vollumfängliches Grundeinkommen gemäß der breit akzeptierten Definition, dass die Zahlung an alle erfolgen soll, unabhängig vom Erwerbsstatus und Einkommen, ohne Gegenleistung und hoch genug, um Existenz und gesellschaftliche Teilhabe zu sichern.

Die Plausibilität der Grundeinkommensforderung war vielleicht noch nie so hoch wie jetzt in der Krise. Auch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP fordert ein zeitlich befristetes Grundeinkommen, das ohne Gegenleistung allen formal als arm Betrachteten ausgezahlt werden soll.

Denn längst nicht überall bekommen diejenigen etwas an staatlichen Hilfen ab, die es am meisten bräuchten. Gerade in den arm gemachten Staaten des Südens, aber auch in so manchem Industrie- und Schwellenland, bekommen die Armen nichts. Familienmitglieder, Freundinnen, Nachbarn helfen, sofern sie Geld haben, aber Hunderte von Millionen Menschen weltweit lebten bisher davon, von anderen, oft ebenfalls Prekären, ein wenig Geld abzuzweigen. Sie taten das durch mehr oder weniger sinnvolle Dienstleistungen, den Verkauf zweifelhafter Produkte und auch durch direkte Entwendung. Nun steigt die Zahl derer noch, die auf solche Einkommensquellen angewiesen sind, weil sie ihre prekäre formelle Arbeit verloren haben. Damit, aber auch durch den ausbleibenden Tourismus, sinkt gleichzeitig die Zahl derer, deren Geld man bekommen könnte. Und dorthin, wo sich die Geldbesitzer\*innen aufhalten, darf man ohnehin nicht mehr gehen. Wer es trotzdem tut, wird nicht selten von der Staatsmacht vertrieben, direkt angegriffen, in den Knast gesperrt oder gar getötet.

Was also ist von den Forderungen nach solchen Übergangszahlungen zu halten? (Wann und unter welchen Voraussetzungen) wäre das ein Schritt hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen?